

---

<sup>1</sup> zu Barton (eigentlich: Friedrich Bergel) siehe Biografien. Der Brief ging in Durchschlägen auch an Leo Trotzki, das Internationale Sekretariat und an UW (*Unser Wort*), die Exilzeitschrift der *Internationalen Kommunisten Deutschlands*.

Werte Genossen !

Beim nochmaligen Lesen des Artikels von Austriacus kann ich nicht umhin einige kritische Bemerkungen zu machen. Ich will davon absehen, daß er an und für sich nicht schlagkräftig genug ist, weil zu lang und zu breit. Aber in seiner politischen Behandlung finde ich einen ganz großen Fehler, der keineswegs dazu beiträgt uns Ruhm und Ansehen zu schaffen.

Wir haben eine Broschüre von L.D. vertrieben und uns damit zu dessen politischer Einschätzung der Situation in Oesterreich bekannt. In dieser heißt es aber, daß die gegenwärtige Phase der Oesterreichischen Politik als "bonapartistisch" anzusehen ist und etwa eine Parallele zu der Zeit Papen- Schleicher in Deutschland darstellt. Wir haben darin gelesen, daß dies eine geschichtliche Vorstufe zum Faschismus ist und haben eben aus dieser Einschätzung unsere Taktik der Einheitsfront und der Verteidigung des demokratischen Systems zur Abwendung des Faschismus entwickelt und propagiert.- Wie reimt es sich nun damit zusammen, daß wir durch den Mund des genannten Austriacus auf einmal verkünden: wir hätten jetzt schon den Faschismus in Oesterreich und die Regierung Dollfus wäre die eine Fraktion des Faschismus, nämlich der Heimwehrfaschismus, welcher vom nationalsozialistischen bekämpft wird!.-Das scheint mir ein grober Irrtum zu sein, jedenfalls ein arger Widerspruch, der uns von gegnerischer Seite übel ausgelegt werden kann. Das ist ein Zickzack und erinnert an Stalinismus. Das bringt Verwirrung in die Köpfe der Leser und schlägt unserer Aufgabe, Klarheit in das Denken der Arbeiter zu bringen, geradezu ins Gesicht. Ich fürchte für diese Leistung werden wir kein Lob erhalten. Ein Tadel von Seiten L. D. wäre gerecht.

Entweder hat sich die Situation seit Erscheinen der Broschüre so grundlegend verändert, daß man vom Heimwehrfaschismus sprechen kann,- dann muß man das den Lesern erklären und begründen. Oder es hat sich im Grunde nichts geändert,- dann darf man dieselbe politische Situation nicht einmal als "bonapartistisch" ein anderes mal als "faschistisch" auslegen.

Austriacus steht außerhalb unserer Reihen. Ihn trifft keine Schuld. Aber das Redaktionskomitee trägt dafür die Verantwortung, daß eben nur jene Artikel Außenstehender zur Annahme gelangen, die sich mit unseren Ansichten decken und uns nicht kompromittieren. Vorhandene Fehler sind auszumergen; wenn der Autor darauf nicht eingeht, dann muß man auf seine Mitwirkung verzichten. Lieber ist mir ein politisch richtiger Artikel, der weniger schwungvoll geschrieben ist, als eine schöne, journalistisch bestechende aber politisch falsche Arbeit.-

Ich schlage vor sofort die Frage zu diskutieren und Klarheit zu schaffen: wie ist die gegenwärtige Situation in Oesterreich zu werten? Sodann muß aber auch beraten werden, wie man den Widerspruch, der sehr peinlich ist, aufklärt, tunlichst ohne uns selbst zu diskreditieren; aber es ist doch unerlässlich in aller Öffentlichkeit den Fehler bereinigen.--

Zur Frage selbst gebe ich hier gleich meine Ansicht bekannt: Es hat sich an der bonapartistischen Macht der Regierung prinzipiell nichts geändert. Wir stehen noch immer in einem Stadium, das als vorfaschistisch anzusprechen ist. Die Regierung Dollfus ist nicht Repräsentant des Kleinbürgertums, sondern des Großkapitals, des Monopolkapitals (international) und des katholischen Großgrundbesitzes. In diesem Sinne ist sie klerikal und reaktionär. Wenn faschistisch wäre, dann hätte sie ja schon die Macht einer Majorität im Volke und brauchte die Wahlen nicht so ängstlich zu fürchten. Wenn sie das Parlament und die demokratischen Einrichtungen dieses Staates ausgeschaltet hat, so konnte sie es eben nur durch das Ausbalancieren der entgegengesetzten Kräfte: Faschismus- Sozialdemokratie. (Wobei es eine Sache für sich ist, daß die letztere numerisch viel größer ist und doch nicht mehr wiegt als die Schale der Nationalsozialisten auf der Wage). Die inneren wirtschaftlichen Widersprüche, die politische Unsicherheit, welche die längst versprochene Anleihe nicht wahr werden läßt, der Druck des In- und Ausländischen Industrie- und Finanzkapitals zwingen die Regierung zu sehr unpopulären Maßnahmen: Herabsetzung der Beamtengehalte. Kürzung der sozialen Leistungen, Kürzung der Urlaubszeiten, der Pensionsansprüche, der Ansprüche auf Abfertigung bei Kündigungen etc. Diese aber bringen eine immer stärker werdende Radikalisierung der betroffenen Schichten mit sich, die früher als Anhänger

der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sich von diesen verlassen sehen und in die Reihen der Nationalsozialisten streben, von denen sie eine befriedigende Lösung dieser Fragen erwarten. Der Druck von dieser Seite verschärft sich immer mehr. Ihm zu begegnen ergreift die Regierung Dollfus Maßnahmen welche, oberflächlich betrachtet, faschistisch scheinen: Verbot der KP, Verbot der Aufmärsche, Aufhebung der Freiheit der Meinungsäußerung, der Versammlungs- ~~und Versammlungsfreiheit~~, Regierung mit Verordnungen, etc. Doch dienen diese Maßnahmen nur dazu, den Nazi Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Rolle der Dollfusregierung ist ähnlich der Papens, der sich ja auch sehr stark und radikal gebärdete. Aber Dollfus ist klug und hat aus den ~~Fehlern~~ Ereignissen in Deutschland gelernt. Er muß alle Anstrengungen machen um möglichst stark in die unvermeidliche ~~und~~ Koalition mit den Nazis einzutreten, um nicht so an die Wand gedrückt zu werden, wie dies im Reiche mit den Vertretern der früheren Großbourgeoisie geschieht. Es ist anzunehmen, daß sich die Regierung der Unvermeidlichkeit der Koalition mit den Nazis voll bewußt ist, wenn sie auch den Anschein erweckt, gegen diese aufzutreten und ihr Kommen verhindern zu können. (Dies zu erreichen, lassen sich ja die Industrie- und Handelsmagnaten nicht wenig kosten) - Das Abschwanken der kleinbürgerlichen Schichten, des Beamtentums und der Landbevölkerung zu den Nazis drückt auf die Schale des Gleichgewichtes, das die Grundlage des Macht Dollfus bildet und es kann nicht mehr lange währen, dann wird auch dieses Land von den Fluten des gierigen Kleinbürgertums erfaßt sein. Dann aber erst dann werden wir ~~wird~~ in den Faschismus eingetreten sein. Der Zeitpunkt kann durch außenpolitische Ereignisse und Eingriffe noch eine ~~Ze~~ gewisse Frist hinausgeschoben sein, - aufzuhalten ist er wohl nicht, - bei der Untätigkeit der Sozialdemokratie, dem Bedeutungslosigkeit der KP, nebst ihrer hirnlahmen Politik, und bei der Schwäche und dem geringen Einfluß den wir L.O. besitzen.

Aber die Frist, die uns noch bis dahin gegeben ist, müssen wir ausnützen, um in die noch vorhandenen Formationen der SP einzudringen und die dort sehnlichst gesuchte Klarheit zu verbreiten. Dazu müssen wir aber erst selbst die Situation klar sehen. -- Ich resümiere also:

- a) Die gegenwärtige oesterreichische Regierung ist als Repräsentantin des Großkapitals und der Kirche nicht als faschistisch anzusprechen.
- b) Sie stützt sich auf das Gleichgewicht der SP-Massen und der Nazis, welche einander paralysieren und ausschalten. *Symptom des Bourgeoisentums*
- c) die Situation ist jener im September 1932 im Reiche unter der Herrschaft Papens außerordentlich ähnlich. Ihre Machtgebärden sind nur Ausdruck der Angst und Schwäche und nicht als Kraftäußerungen zu werten.
- d) Der Druck des internationalen Großkapitals einerseits erzeugt Gegen- druck der immer mehr ins faschistische Lager gedrängten kleinbürgerlichen Schichten, welche durch das Versagen der SP und bei Abwesenheit einer marxistischen Partei keinen anderen Ausweg sehen. Sie reißen auch große Mengen des enttäuschten und verratenen Proletariats mit sich.
- e) Die Entwicklung nimmt einen Verlauf in der Richtung des Faschismus.
- f) Die außenpolitische Lage und die direkte Unterstützung des interessierten Großkapitals, der Kirche und der Juden kann den Prozess verzögern.
- g) Wir Bolschewiki-Leninisten haben die Pflicht und Aufgabe, diese Zeit zu benützen, Klarheit in die verwirrten Köpfe der SP-Anhänger zu tragen. Unser Arbeitsfeld liegt hauptsächlich dort, wo eine desillusionierte Masse ratlos dasteht und sich in den Strudel der Katastrophe widerstandslos ziehen läßt.
- h) Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen wir aber erst selbst lernen klar zu denken und die marxistische Denkmethode auf alle Fragen anzuwenden.
- i) Es muß daher vielmehr diskutiert und gelesen werden. Ohne dem geht es nicht und wir diskreditieren nur die ganze Bewegung.

Barton.

6. Juni, 1933.

Durchschlag an:  
UW., L.D., und I.S.